

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. März 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfspaltige Zeile: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 28

Weiteres zur Situation

I.

Der erste Prinzipalsukhas

De dato „Leipzig und Berlin, den 3. März 1920 — Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins (Dr. Viktor Klinkhardt, erster Vorsitzender) — Der Vorsitzende des Zentralausschusses (Rudolf Illstein)“ sind an alle tariffreien Buchdruckereien folgende Richtlinien in Zirkularform verjandt, außerdem ist in der „Zeitschrift“ vom 5. März ein gleicher Aufruf veröffentlicht worden:

Die Verhandlungen des Tarifausschusses, die an den Tagen vom 27. Februar bis 2. März wegen Erhöhung der Feuerungszulagen in Berlin Kallgehlunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Auch der Spruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, das die Gehilfenvertreter zur Entscheidung angerufen hatten, ist als unerfüllbar abgelehnt worden.

Es steht nun zu erwarten, daß die Gehilfenschaft örtlich oder betriebsweise mit Forderungen an die Prinzipalität herantreten wird. Wir verweisen demgegenüber darauf, daß die bisher bewilligten Feuerungszulagen noch bis 31. März Gültigkeit haben, und ersuchen alle tariffreien Firmen, daran unter allen Umständen festzuhalten und keinerlei Sonderabmachungen zu treffen. Sollten sich geschäftliche Schwierigkeiten ergeben, so ist dies sofort den zuständigen örtlichen Vereinsorganen sowie den nachstehend angegebenen Geschäftsstellen zu melden und in jedem Falle nur nach deren Weisungen zu handeln. Das gleiche Verhalten ist auch bei etwaigen Forderungen der Hilfsarbeiter oder anderer Arbeiter der graphischen Betriebszweige zu beobachten.

Die Prinzipalität will also den Ablauftermin der jetzigen Feuerungszulage unter allen Umständen eingehalten wissen. In der Tarifausschubführung ging sie in ihrem letzten Vorschlag schon davon ab, indem der 15. März Zahlungstermin der ersten Rate sein sollte. Mit ihm wird verlußt, noch ein Geschäft von 14 Tagen zu machen. Die Druckfrage und Zeitungsleser werden, wenn es nach diesem Mias gehen sollte, die Konsequenz daraus ziehen und vor dem 1. April Mehrzahlungen ablehnen. In dem vorigen Situationsartikel haben wir schon erwähnt, daß die Zeitungsleser und die Zeitungsinferenten bereits ab 1. März eine weitere Verteuerung um 50 Proz. und 25 Proz., also einmal um die Hälfte und einmal um ein Viertel, tragen sollen, weil neben der unbeltritten großen Preissteigerung für Papier und sonstiges Material auch alle Löhne und Gehälter weiter bedehrend erhöht wären. Die Lohnbrücker berechnen bereits seit dem 6. Februar ihren Kunden die bisherigen Druckpreise um ein ganzes Viertel höher aus Gründen der sprunghaften Materialverteuerung. In dem Leitartikel der vorigen Nummer künnte die Wendung „um 25 weitere Prozent höhere Preise“ dahin verstanden werden, daß die bisherigen Feuerungszuläge sich um weitere 25 Proz. erhöhen. Dem ist aber nicht so, sondern es ist eine Verteuerung der Druckpreise um ein Viertel eingetreten. Es war anzunehmen, daß ein Teil der zu erwartenden Feuerungszulagenenerhöhung für die Arbeiterschaft im Buchdruckergewerbe damit schon eingerechnet sein sollte. Da nun Lohnbrücker wie Zeitungs- und Zeitschriftenverleger sich ganz gern die Mehrleistungen des Publikums gefallen lassen würden, Mehrleistungen an ihre Gehilfen, Angestellten und Arbeiter aber nur ungenügend und erst zu einem weit späteren Zeitpunkt eintreten lassen möchten, so wird die Öffentlichkeit den Schluß daraus ziehen, daß niemand mehr zu zahlen hat an die Lohnbrücker und Zeitungsverleger, bis ihrerseits zwischen Nehmen und Geben reine Wirtschaft eingetreten ist. Das wird dann erst der Fall sein, wenn die Prinzipalität dem Schiedspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingeschickten Schlichtungsausschusses nachkommt.

Daß in dem Prinzipalsukhas nicht einmal gesagt wird, warum die Prinzipalität den Schiedspruch ablehnt und als unerfüllbar bezeichnet, zeugt von keinem guten Gewissen. Mehrleistungen, die mit 10, 8,30 und 6,70 Mk. und noch weniger (für Ledige) beginnen, sollen unerfüllbar

sein? Sämtliche Schlichtungsausschubsvorsitzende in Deutschland werden sich eines Rächels nicht erwehren können, wenn sie das lesen. Man wird es bald heraushaben, daß das Unternehmertum im Buchdruckergewerbe Vohnpol sich nach kühnen Begriffen freibt. Aber auch in Prinzipalskreisen bebt diese Götterdämmerung an. Wenn innerhalb der Prinzipalität eine Urabstimmung über den Schiedspruch vorgenommen werden würde, dann könnte die Richtung Leipzig und Bedier (Gehren) ihr blaues Wunder erleben. Was wir aus Prinzipalschriften bis jetzt schon erleben konnten, läßt abolut nicht auf allgemeine Zustimmung zur Politik der starken Hand schließen.

Über die Parole „Gewehr bei Fuß“ wollen wir nicht sprechen. Sie kann nur eine Unterfretchung des in voriger Nummer an unsere Kollegen gerichteten Appells sein.

Daß der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins allen tariffreien Druckereibetern Direktiven erteilen will, ist eine Methode, worüber sich in Prinzipalskreisen die Meinungen auseinandergehen werden. Die Zahl der tariffreien Firmen dürfte jetzt etwa 9500 betragen (ohne Elbsch-Verbringern). Der Deutsche Buchdruckerverein gab zu seinem Jubiläum im Oktober v. J. den Mitgl. ederbestand mit 5000 an. Mit ihm steht eine ganz bedeutende Zahl von Druckereien noch außerhalb der Prinzipalsorganisation, auch wenn sie über die großen und größeren Firmen in weitem Umfange verlißt.

Herr Rudolf Illstein, der Prinzipalsvorsitzende im Tarifamt und Tarifausschub, des Zirkular für den Zentralausschub unterzeichnet, d. h. für die Abwehrorganisation der Prinzipale. Diese Doppelstellung des Herrn Illstein wäre auf die Dauer unmöglich geworden; es ist ein unvereinbarer Zustand, in der einen Stellung eine vermittelnde Tätigkeit auszuüben, in der andern aber alle Fäden in der Hand zu haben, die Gehilfenschaft in ihren Ansprüchen niederzuhalten, auch wenn dies dem eignen Prinzipal gegenüber in verständigungsreicher Weise vorgetragen werden. Es sind schon Fälle genug zu verzeichnen, daß die betreffenden Prinzipale erklärten, sie würden gern mehr gewähren, aber sie dürfen nicht.

Stimmungsmache in der Presse

Jedenfalls von Prinzipalsseite (Abwehrorganisation) dem Wollf-Bureau zur Verbreitung übergeben, brachten am 4. März die Tageszeitungen nachstehende Notiz:

Drohender Konflikt im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe

Der Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker hat seit dem 27. 2. in Berlin gefagt, um über die Forderung der Gehilfenschaft auf weitere Feuerungszulagen zu beraten. Die Beratungen sind nach fünfjähriger Dauer ergebnislos verlaufen. Auch der Spruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen angerufen hatten, ist als unerfüllbar abgelehnt worden.

Diese wenigen Zeilen sind bemerkenswert durch das, was sie verschweigen. Nämlich, daß die Prinzipalsvertretung durch Ablehnung des Schiedspruchs schon in der Fortsetzung der Tarifausschubführung die Gesamtheit der Prinzipalität festlegen wollte, wozu ihr wohl von dieser oder doch einem größeren Teile der Prinzipale die Zustimmung best illen werden dürfte. Dann steht jede Begründung und jede Erläuterung dafür, warum der Schiedspruch unerfüllbar sein soll für die Prinzipale. Die Ausgangsübereinstimmung des Publikums wird damit denn doch überschätzt. Im vorübergehenden Abschnitt haben wir schon gesagt, daß der Schlichtungsausschub des Reichsarbeitsministeriums den Prinzipalen die Erfüllung gerade durch die sehr niedrige Bestimmung der ersten Rate wohl erfüllbar gemacht hat, wie überhaupt durch die Festsetzung von drei Raten die Erfüllung alles andere denn schwer wird. Der Schiedspruch trägt überhaupt den Bedenken der Prinzipale und der schwierigen Lage unseres Gewerbes in außerordentlichem Maße Rechnung.

Das Organ des Guttenbergbundes über die Lage Der Meldung über den ergebnislosen Verlauf der Tarifausschubführung schließt der „Typograph“ folgende Hauptbemerkungen an:

Ohne Zweifel wird diese Nachricht bei dem übergroßen Teile der deutschen Buchdrucker und insbesondere bei den Mitgl. edern des Guttenbergbundes herbe Enttäufchung und Bitterheit auslösen. Ob ein gleiches von der Prinzipalität gilt, muß in dieser Stunde dahinstellt bleiben. Die nächsten Tage werden ja zeigen, ob sie ohrtlicher Anhänger der Tarifausschubführung war, oder ob ihr der deutsche Buchdruckerlarif nur als Mittel galt, die Löhne im Buchdruckergewerbe niedrig zu halten. Wir nehmen für uns in Anspruch, die Tarifausschubführung mit allen Mitteln gefördert und gestützt zu haben.

Ein großer Teil der Prinzipale wünscht den Streik. Wir können ihn nicht wünschen, weil wir wissen, welche Folgen sich aus ihm für uns und unser Wirklichkeitsleben erwachsen. Nichts wird von uns unverlußt gelassen werden, um die gerechten Forderungen auf friedlichem Wege zu erreichen. Sollen wir, daß dieses erreicht wird unter Gewerbe vor schweren Stämpfen bewahrt wird.

Das kann man alles unterstreichen. Das Verhalten der offiziellen Prinzipalsvertretung findet auch so die ihm gebührende Beurteilung. Der Guttenbergbund berußt gleichzeitig zum 9. und 10. März eine außerordentliche Generalversammlung nach Berlin ein.

Das Prinzipalsorgan über die Tarifausschubführung und zur Situation

Die „Zeitschrift“ berichtet in ihrer Nummer vom 5. März kurz und sachlich über die Tarifausschubführung, wenn auch von ihrem Standpunkt aus manches anders gewertet wird. So heißt es nach den Einstellungen:

Die Forderungen der Gehilfenvertreter waren von vornherein zu hoch gespannt, als daß darüber eine Verständigung hätte erzielt werden können.

Nach ganz knapper Schilderung des Verlaufes wird gesagt, der Tarifausschub habe „zum ersten Male seit seinem nunmehr 24jährigen Bestehen völlig verfaßt, und es entsteht die Frage, was werden soll“. Das Verlagen des Tarifausschusses ist auf wohlüberlegte Prinzipalspolitik zurückzuführen. Nur deswegen erscheinen auch die Forderungen zu hoch gespannt. Die Gehilfen können sich nicht danach richten, was zum großen Teil aus eignen Verlagen die Prinzipale aus unserm Gewerbe gemacht haben, sondern sie müssen, um leben zu können mit ihren Familien, das fordern, was die aus allen möglichen Gründen und aus schamlosen Profitinteressen blätterten wahnwitzigen Preise gebieten. Wenn in Berlin im Februar 783 Proz. mehr als im Februar 1914 zum einfachen Leben notwendig waren, der Berliner Buchdrucker aber dieses Mehr an Lohn nicht aufweisen kann, sondern nur 365 Proz. mehr erhält, dann ist das doch ein kirchliches Glascho der Lohnanpassung an die Kaufkraft des Geldes. Daß im letzten Ausschusse der Nationalversammlung die agrarischen Volksausleger nach zwei oder drei Wochen jetzt schon wieder die Preisschrauberei betreiben und durch einen Antrag Rikilde eine derartige weitere Verteuerung des Getreides fordern, daß ein Vierpfundbrot etwa 8,50 Mk. kosten würde, muß unfern Prinzipale trotz ihrer jammervoll schlechten volkswirtschaftlichen Beschlagung doch folgen, von welcher Seite es aus raend dem Abgrunde zutreibt. Nach der Auffassung der Prinzipalsvertreter aber hat den deutschen Buchdruckergehilfen das alles halt zu lassen. Für sie ist die Hauptsache, daß von den Gehilfen die Fristen eingehalten werden, wie es ihnen unter Vertretern aus dem Schwabenland unwichtig in viel schönerer Fassung lagte.

Anschließend an den von beiden Seiten bekundeten Willen, die Tarifausschubführung weiter bestehen zu lassen, schreibt das Prinzipalsorgan noch:

Für die Prinzipalität erwächst aus diesen Vorgängen die Pflicht, sich noch fester zusammenzuschließen, als dies bisher der Fall war und durch einmütiges Handeln nach den Weisungen der zur Vertretung ihrer Interessen eingeschickten Organe dafür zu sorgen, daß das Gewerbe keine allzu großen Erschütterungen erleidet

und nicht zu unerfüllbaren Forderungen gezwungen wird. Die Pflicht der Prinzipalität, die gewerblichen Verhältnisse so zu gestalten, daß auch die darin beschäftigten Arbeiter ihr Auskommen zu finden vermögen, darf aber auch nicht aus den Augen gelassen werden. Es kann sich bei der Stellungnahme der Prinzipale selbstverständlich nur darum handeln, unberechtigte und unerschließbare Forderungen der Gehilfenschaft abzuwehren und dafür zu sorgen, daß nicht durch zu weitgehende Zuleitungen zahlreiche Unternehmungen zu Grunde gerichtet werden. Die bisher die Existenzgrundlage nicht nur für die betreffenden Unternehmer, sondern auch für die daran beschäftigten Arbeiter gebildet haben. Leider liegen die Verhältnisse so, daß die Lohnsätze des Buchdruckergewerbes nicht unbedingt zu den Lebensnotwendigkeiten gehören, und daß gegebenenfalls ein großer Teil der noch heute vorhandenen Druckaufträge veräußert werden kann und veräußert werden wird, wenn sie so verteuert werden, daß die dafür erforderlichen Mittel nicht mehr zu erschwingen sind. Das bringt auch die Gehilfenschaft bei ihren Entschuldigungsverhandlungen, denn davon wird jedenfalls nicht nur der Ausgang eines Streiks, sondern auch ihre Existenz überdauer abhängig.

Dann läßt sich sagen, daß das einer Schamade viel ähnlicher sieht als einer Kanare, wie sie in dem sogenannten Sozialgesetzartikel der vorigen Nummer des Prinzipalsorgans auf nur köstlich gedämpften Trompeten erklang. Die Sozialpolitik des Deutschen Buchdruckervereins brüht sich in dem Vorlagen des Tarifauswahlsorgans. Führt die Gesamtheit der Prinzipalität kein Mittel, ihr eine andre Werbung zu geben, dann geht nicht der Lokalrat, sondern der Druckereifiskus als erster in die Brüche. Das würde in allererster Linie die Prinzipalität schwer treffen, in zweiter Linie allerdings auch die Gehilfenschaft. Das Zugrundegehen zahlreicher Unternehmungen wäre die unausbleibliche Folge einer Beharrung auf dem abtönenden Standpunkte gegenüber der Gehilfenschaft. Die Prinzipalität hat noch einmal Gelegenheit, die Schicksalswörter rollen zu lassen; möge sie das draußen besser verstehen, als es ihre Vertreter glauben in Berlin tun zu müssen!

Eine mysteriöse Meldung

In der „Buchdruckerwoche“ vom 4. März lesen wir, in der letzten Hauptversammlung des Verbandes der Fachpresse sei der vom Vorstand eingebrachte Antrag, „alle Maßnahmen zu treffen, um gegebenenfalls die gesamte deutsche Fachpresse stillzuliegen“, vom Vorstande wieder zurückgezogen, da die Aussprache ergeben habe, daß erst nach durch weitere Beratungen im Vorstand eine Klärung herbeigeführt werden solle. In der Zeitschrift des Verbandes sollte darüber wegen des vertraulichen Charakters nicht berichtet werden.

Diese Hauptversammlung fand schon in den ersten Februartagen statt, kann also mit der Tarifauswahlsitzung kaum in Zusammenhang gebracht werden. Immerhin könnte die weitere Verfolgung der Angelegenheit nun dazu führen. Wir möchten diesen Vorgang nicht unerwähnt lassen bei Beleuchtung der jetzigen Situation.

Stellungnahmen der Gehilfenschaft

Am 5. März fand in Berlin die Kollegenschaft in einer druckvoller Versammlung den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses einstimmig anerkannt und die abwartenden Maßnahmen der Verbandsleitung gebilligt. — In Leipzig nahm am gleichen Tage eine über volle Versammlung den Bericht des Gehilfenvertreters Bogentz ohne Diskussion entgegen und billigte einstimmig dessen Fassung. Die Leipziger Stellungnahme deckt sich also mit der der Berliner Kollegenschaft.

Der Verlauf der resultatlosen Tarifauswahlsitzung

(Vorfassung)

Am ersten Tage (27. Februar)

nahmen die Verhandlungen ohne jede Frömmlichkeit ihren Anfang. Der Prinzipalsvorsitzende Willstein tat gut daran. Die Duvertüre hätte sonst mit dem Finale gar schlecht zusammengepaßt. Auf Prinzipalsseite waren noch mehr als fünf neue Gesichter zu sehen: drei neue Kreisvertreter, darunter (in Stellvertretung) ein richtiggehender Provinzdrucker für den Kreis VI (Weider (Gehren)), zwei neue Tarifamtsmitglieder, unter den Organisationsvertretern auch ein Neuling, wodurch in der Präsenzliste der Name Schönst in Vater und Sohn geführt wurde. Ein wohl noch nicht zu verzeichnender Fall im Tarifauswahl. Auf Gehilfenseite führte sich ein Vorstandsmitglied des Verbandes neu ein. Sonst die alten Säulen hielten und drüben, gerüstet zum Streit, materialgewappnet. Dem Vorsitzenden Bucher vom Hilfsarbeiterverbande wird nach kurzem Hin- und Herüber als Zuhörer die Teilnahme gestattet. Prinzipalsseitig betont man, es solle kein Präzedenzfall damit gegeben sein; Zustimmung ihrerseits erfolge nur aus praktischen Gründen.

Generalkonkussion zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Die Feuerungszulage für die Gehilfen ist zu erhöhen.“

Der Gehilfenreferent geht ohne Umschweife auf das Ziel los, betont die gleich nach den Dezemberverhandlungen eingetretene wahnsinnige Verteuerung. Darans erklärt sich auch das Vorgehen in Köln, Essen, Alet usw. Niemand könne kein Gehalt. Die Schlichtungsausschüsse dort haben unsere Kollegen Lohnverhöhungen zugestanden, die jetzt für unsere Forderungen bestimmend sein müßten. Die Protokolle und Kartofelzulagen hätten anderswo ebenfalls größere Zugeständnisse im Gefolge gehabt oder wurden von Gewerkschaftskartellen so solchen ausgeführt. Wenn manches, was vorgekommen, auch als nicht richtig zu betrachten wäre, so sei es doch Tatsache, daß von Schlichtungsausschüssen und andern beherrschenden Stellen anerkannt wurde, ganz außerordentliche Lebensverhältnisse wie jetzt recht fertigen besondere Verhandlungen neben den bestehenden Tarifverträgen. Was der Lebensunterhalt jetzt koste, sei maßgebender, als was die einzelnen Arbeitergruppen an Öhnen zu diesem oder jenem Zeitpunkt erhalten haben. Wenn die Prinzipale sich als strenge Richter über die Gehilfen hier und dort aufmerken, so sollten sie doch vorichtiger sein, denn gegen den Beschluß des Parikaments in Sachen der Protokolle und Kartofelzulagen wären Funktionäre von ihrer Seite mit 3 Kartellen losgegangen, daß das Parikament dazu nicht berechtigt gewesen wäre, daß nicht danach bezahlt zu werden brauche. Das sei kein Selbstmord gewesen. Von den Organisationsleistungen der Gehilfen verlange man aber gar Ausschluß derjenigen Gehilfenkreise, die aus der Not der Zeit eine Tugend gemacht haben. Aber ein solches Verlangen sei einfach zur Tagesordnung überzugeben. Die Prinzipale wären so ziemlich die gleichen geblieben wie vor dem Kriege, hätten den alten Adam nicht auszuweisen vermocht. Wenn es heißt, wir seien auf Gehalt und Verdienst miteinander verbunden (Wieltsches „Gehalt richtig“ auf Prinzipalsseite) — ja, das habe er erwartet —, dann müßten die Prinzipale aber auch anders handeln. Leben müssen die Gehilfen! Wie könne das aber sein, wenn nach den Feststellungen von Dr. Kueglinsh, Direktor des Schöneberger Stahlischen Amtes, im Februar eine vierköpfige Familie in Groß-Berlin mindestens ein Wochenlohn von 256 Mk. haben müsse, gegen 20 Mk. im Februar 1914? Wenn ein Zentner Kartoffeln jetzt 80 Mk. koste und das Brot demnach 5 Mk. Wenn für ein Paar Schuhe binnen einiger Zeit 700 Mk. ausgegeben werden müssen. Koste doch eine geringfügige Schuhreparatur jetzt schon 50 Mk. Wenn die Prinzipalität nicht die bisherige Engberzigkeit ablege, dann betreibe sie die Radikalisierung der Gehilfenmassen immer mehr, und die Gehilfenfunktionäre würden immer ohnmächtiger dagegen. Der Referent gibt dann die in voriger Nummer schon aufgeführten Gehilfenforderungen bekannt, betont aber, daß keine Einnüchlichkeit darüber bestehe, denn ein Teil der Gehilfenvertreter betrachte sie auf Grund der besonderen Verhältnisse bei ihnen als zu gering, und schließt mit den warnenden Worten an die andre Seite: In Ihre Hand sind die Würfel gelegt über Krieg oder Frieden im Gewerbe — würfeln Sie gut!

Man kennt aus Erfahrung die nach einem solchen, gewissermaßen als Anklagerede zu betrachtenden Gehilfenreferate, das diesmal kritischschärfend hatte, eintretende schwüle Stimmung. Wenn wir uns nicht sehr getäuscht haben, war der Barometerstand hiernach schlechter noch als sonst.

Dann nimmt der alsingeführte, in der Form immer konziliante Korreferent der Prinzipalsaktion das Wort: Die Prinzipalität behände sich wieder in der Lage, daß die Gehilfenschaft ihr mit Forderungen ins Gesicht springe, die kein Mensch auf ihrer Seite erwarten konnte. Während die Gehilfenvertreter sich vorher darüber klar geworden wären, was sie wollten, sei es für die Prinzipale doch so, daß sie nur Bestatigungen nach Hause bringen könnten. Man sollte doch vorher derartige Forderungen bemessen und stellen, dann könnten die Prinzipalsvertreter sich doch etwas mit ihren Kollegen darüber verständigen. (Dazu sei bemerkt, daß man in einer Leipziger Prinzipalsversammlung sich ein paar Wochen vorher schon auf einen absehenden Standpunkt stellte, wenn auch nicht widerspruchlos, und darüber noch eine schriftliche Befragung sämtlicher Mitglieder vornahm, worüber wir schon mehrfach sprachen. In Berlin war man wohl erst am Anfang der Verhandlungswoche zusammengekommen und hatte sich in Ermangelung anderer Mittel an starken Worten herausgelassen, wobei der Tarifgemeinschaftspräsident a. D. einmal wieder seine vielen schönen Worte von früher vergaß und sich als schamlosberühmter Geist probierte. Dann war auch direkt vor der Tarifauswahlsitzung der ganze Prinzipalsgeneralkonkussion in Leipzig verammelt und hat sich die Parolen für die Beratungen aufgestellt. Wenn es so wäre, wie von dem Prinzipalskorreferenten der Anschein völliger Überraschung erwidert werden sollte, dann konnte doch unmöglich die „Zeitschrift“ in ihrem auf Schlichtung der Tarifauswahlsitzung eingeleiteten sogenannten Verhandlungsartikel von einer neuen Belastung „von 40 und mehr Mark noch“ reden, und dann hätte man ja prinzipalsseitig am

Vortrage der Gehilfenleistung einen Wink haben können, woher bei ihnen der Wind weht. Daran hat man aber weder gedacht, noch hat man das gewollt, der Gehilfenseite mußte man jedoch eine direkte Mithilfe zu. Wir danken! Der Prinzipalsredner (er der ganz Großen) machte diese eigenartige Zumutung aber gleich wieder gut, indem er die außerordentliche Verschärfung der Lage für die Gehilfen anerkannte und erklärte, christlicher Weise müßten die vorgestragenen Forderungen als richtig zugegeben werden. Die Situation im Gewerbe sei aber so ernst wie noch nie. Die Forderungen und Zeitschriften wären sehr überluden. Mit den vielen kleinen Druckereien stände es ebenso. Darin würde aber wohl die Hilfe der Gehilfen beschärfend. Alle könnten doch nicht in Großdruckereien tätig sein. Man sollte auch bedenken, was seit dem 15. Dezember 1914 die Gehilfenschaft alles erreicht habe: eine Feuerungszulage in noch nicht gekannter Höhe, in Summen von Orten neue oder höhere Lokalzulagen, was eine weitere Lohnsteigerung von 8 bis 12 Mk. im Durchschnitt bedeuten dürfte, dann die Protokolle und Kartofelzulagen von 10 und 5 Mk., die mit der Zurückgewährung bis zum 1. Januar für die Gehilfen und Arbeiter schon etwas ausgemacht habe, für die Prinzipale aber gleichbedeutend sei mit einem großen, nicht wieder einzubringenden Ausfalle, der für kein Geschäft rund 60000 Mk. betrage. Bewilligungen auch nur annähernd in der Höhe, wie die Gehilfenschaft sie fordere, seien also ganz ausgeschlossen. Im speziellen jede rückwirkende Kraft, dagegen würde aus allen Prinzipalskreisen Sturm gelaufen. Durch die außerordentliche Papierverteuerung käme jetzt ein erheblicher Rückgang an Aufträgen. Für die Zeitschriften würde eine Krisis eintreten. Viele andre Industrien und Gewerbe produzierten gegenwärtig meistens für das Ausland, verdienten ungemünzt und könnten danach eigentlich noch höhere Löhne bezahlen. Wir aber seien kein Beharfgewerbe, mit Ausnahme der Forderungen käme keine direkte Lebensnotwendigkeit bei uns in Frage. Die Steigerung der Produktion wäre aber ein diskutables Moment. Eine Beschränkung der Ferien, wie sie von den Geschäften getragen werden könne und wie sie der Gewährung in andern Gewerben entspreche, sei ebenfalls ein zu erörternder Punkt. Die 25prozentige Entschädigung bei Arbeitslosigkeit könnten die Prinzipale nicht länger mehr leisten. Die notwendige Erleichterung der Produktion wäre jedenfalls nicht zu erreichen, wenn auch trotz Einkesselungen notwendig werden überflüssigen solche Schwierigkeiten bereitet werden, wie es immer wieder seitens der Gehilfenseitungen in Leipzig und Berlin vorkomme, obwohl die Gehilfen sie ganz gern machen wollten.

Hierauf folgt der Gehilfenreferent Nr. 2 in die Arena, der Deyerant für das besetzte Gebiet, ohne jedoch den Blick für das große Ganze, dem er schon so oft ein berechtigter Anwalt gewesen, zu verlieren. Da kommt höchst beachtenswertes Zahlenmaterial zum Vorkommen und zur Veranschaulichung, wie Wälder in Wachen und Alet, die nicht im Gerüche der Arbeiterfreundlichkeit stehen, über die schreckliche und zum Teil auch unflutige Verteuerung urteilen. 1637 Proz. Steigerung für 40 Artikel (ohne Bekleidung) seit 1914! Das galt für den Januar, ist für Februar schon überholt. Stellt man einen Ort mit 20 Proz. Lokalzulage in Vergleich dazu, so ergibt sich für das Buchdruckerhandwerk nur ein um 345,5 Proz. erhöhter Lohn. Nach Kueglinsh „Finanzpolitische Korrespondenz“ hat eine Normalfamilie in Groß-Berlin um rund 783 Proz. höheren geldlichen Aufwand nötig gehabt im Februar gegen 1914, der Berliner Minimumbuchdrucker kann dem nur um 365 Proz. höheren Lohn entgegenstellen. Der Abstand zwischen Soll und Haben bleibt immer noch gewaltig, auch wenn in Berücksichtigung kommt, daß die Spezies der Minimumlöhner in Berlin weniger bemerkbar ist als anderswo. Der rheinisch-westfälische Gehilfenreferent hatte deshalb recht, wenn er betonte, daß durch die bisher immer ungenügend gewesene Bemessung der Feuerungszulagen von selten der Prinzipale ähnliches Vorgehen geradezu provoziert wurde, gegen das seine Einwirkungen verpuffen müßten, weil die Hoflage so groß wäre. Während man hier den Gehilfenvertretern Vorwürfe mache, schaffe man doch selbst die Vorbedingungen für das Ausder-Reihe-Liegen. In Rheinland-Westfalen ständen die Buchdrucker tatsächlich an letzter Stelle mit, was ihren Lohn anbelangt. Wenn wir auch kein Bedarfsgewerbe seien (was eine abstrakte Bedauptung nicht sein kann), so richteten sich doch die Kosten des Lebensunterhaltes nicht nach diesem Umfange. Garantien für Ruhe im Gewerbe könnten am besten lebensmäßliche Löhne gewährleisten. Nebenmal sei schon in diesem Kreise der Zusammenbruch des Gewerbes prophezeit worden, und es habe doch weiferbestanden und werde ferner bestehen können, auch wenn die Gehilfenforderungen diesmal bessere Berücksichtigung finden würden, was in besonderer Weise noch für das besetzte Gebiet geltehen müsse.

Was der summarischen Zusammenfassung der von Prinzipalsseite gehaltenen Diskussionsreden können als bemerkenswertes Einzelheiten festgehalten werden: Der als schwierige und rührige Herr, der in Rheinland-Westfalen seit Jahrzehnten eine große, wenngleich für die Gehilfen

nicht zugehörige Tätigkeit entfallen, verlangte vom Tarif-
ausschuss gemäß Dezemberbeschluss scharfe Zurückweisung
der Fülle (von einem andern Vertreter aus Rheinlands-
Westfalen als „agoritanter Tarifbruch“ bezeichnet, da man
in Köln morgens 8 Uhr die Forderungen gestellt und bis
10 Uhr ihre Erfüllung verlangte); auch in Rheinlands-
Westfalen sei keine solche Verschlechterung eingetreten, das die
Gewerkschaften nicht hätten bis zur Tarifabschlussprüfung warten
können wie im allgemeinen. Wenn die Prinzipale so
kurzsichtig sein sollen, dann vermisste er bei der andern
Seite jede Weisheit. Es müsste mehr gearbeitet werden!
(Surrele von der Gehilfenpartei: „Können gar nicht mehr
arbeiten!“) Darauf folgte die zweiseitige Redewendung:
Andere Arbeiter könnten doch nach Feierabend noch etwas
arbeiten, was von nachfolgenden Rednern protestierend auf-
genommen wird, so dass der (durch eignes Verschulden) stets
mühsam arbeitende ältere Prinzipalvertreter aus Rheinlands-
Westfalen zu der ausdrücklichen Erklärung Veranlassung
nimmt, er habe nicht mit der von ihm behaupteten Mehr-
arbeit anderer Arbeiter sagen wollen, die Buchdrucker
mühten nach Feierabend in andern Berufen herumzuflüchten.
Er wünsche vom Tarifausschuss die Abgabe einer öffent-
lichen Erklärung, das mehr gearbeitet werden müsse.
Damit solle nicht auf einmal der Arbeitsstundenlauf auf-
gehoben werden, jedoch hätten wir mehrfach tarifliche Be-
stimmungen, die geändert werden könnten, z. B. Ferien-
entschädigung auf ein gelundes Maß, so dass zu einer
Mehrarbeit zu gelangen wäre. Ein Leipziger
Großhändler lehnte der Gehilfenvertretung auseinander, man
solle sich doch nicht über die Natur unres Gewerbes
äufsern, das ja nicht mit der Nahrungsmittelindustrie ver-
gleichbar wäre, wenn auch eine gewisse Art von Druck-
sachen immer gebraucht werden würde. Seht lei eine
Wendung eingetreten. Die Popiornot im Verein mit der
ungeheuren Papierverwertung zwänge zu größerer Um-
fangsbeschränkung und werde zu Entlassungen im Personal
führen. Der Buchverlag sei nach den Zeitungen der
größte Auftraggeber (was 1911 bei der Tarifrevision von
Prinzipalpartei selbst den Verlegern bestritten wurde und nur zu
einem Zehntel Einräumung fand). Durch die neuen Steuern
würde der Buchverlag sehr leiden und die Bücherproduk-
tion auch aus diesem Grunde sich verringern. Die Fach-
presse erleide jetzt einen derartigen Angelegenheitsmangel,
dass sie kaum noch existieren könnte; viele Fachblätter würden
eingehen. Druckmaschinen für Handel und Industrie werden
bei dem großen Warenmangel zu Reklamezwecken nicht
mehr gebraucht. Beschäftigungsverringering drohe also
von allen Seiten. Vor dem 31. März wäre daher eine
Erhöhung der Steuerungszulage in beschränkter Höhe
gar nicht möglich. Der aus einer kleinen Provinzialstadt
vertriebene Prinzipalvertreter hielt eine sehr kräftige Pause,
betonte, dass auch er früher am Kassen gestanden habe
und es übernehmen würde, in Gehilfenversammlungen
seinen Standpunkt ebenfalls so zu vertreten, was ihm
durch Zuruf gleich verschiedene Einladungen eintrug. Er
halte Momente, die sich hören ließen, wie die Beson-
nenheit, das Zulagen von 25 und 28 Mk. für die Großstädte
sicherlich wenig wäre, und das die mit Aufnahmewinn
arbeitenden Industrien eigentlich noch höhere Stunden-
löhne bezahlen könnten. Wenn er aber sagte, die Brot-
und Kartoffelzulage hätte für die kleinen Druckerei gar
keinen Sinn gehabt, wären doch an seinem Orte (Wahren
in Thüringen) die Gehilfen zu einem beträchtlichen Teile
Selbstverleger, die ihn noch mit Lebensmitteln versehen
könnten, so ist die daraus angenommene Verallgemeinerung
dann doch falsch. Andre Behauptungen (große Kredit-
schwierigkeiten bei den Banken für die Prinzipale) ließen
sich nicht ohne weiteres widerlegen. Was er über die
Belastung seines (nur für auswärtig arbeitenden, also mit
den Großstädten doch konkurrierenden) Geschäftes mit
Frachtpreisen und Telegraphengebühren sagte, war natü-
rlich.

Gehilfenpartei erfolgte Widerlegung Zug um Zug. Die
Prinzipale erhielten Belehrung, das Pausche nur politisches
Charakter haben. Streiks seien aber ein gesetzliches
Kampfmittel, das von Gehilfen veranlagt aus dem Gland
heraus in Anwendung gebracht werden wäre. Niemals
könnten deshalb Repressivmaßnahmen gegen solche Ge-
hilfenkreise Maß greifen. In Berlin wäre die Belastung
durch die sehr verteuerten Verkehrsmittel von großer Be-
deutung für die reichliche Hälfte der Gehilfen. Wenn sie
früher dafür 20 Mk. im Monat ausgegeben hätten, so
wären es jetzt 60 Mk. und demnach viel mehr. Die Ge-
hilfenpartei sei für den Druckereistand mit eingetreten, um
das Gewerbe ertragsfähiger zu machen. Andre Arbeiter-
kreise dächten gar nicht daran, sondern beschränkten sich
einfach auf das Fordern. Die Prinzipalpartei wäre dadurch
verwöhnt worden. Eine Produktionsvermehrung sei leicht
zu erreichen durch Einstellung der vielen Arbeitslosen.
Überstunden zu leisten, um den Verdienst zu haben, und
Fortfall der Entschädigung für verkürztes Arbeiten bei
eventuell gleichzeitiger Überstundenleistung seien ganz un-
diskutierbare Punkte. Die Ferien wären durch Schiedspruch
im Mai v. J. eingeführt und seien dadurch auch alljährlich
zu gewinnen. Daran solle die Gehilfenpartei nicht rütteln,
ebenso wenig am Arbeitsentgelt, der einzigen Revolutions-
erregungsmittel. Den Prinzipalparteiliedern über das Dar-

niederliegen des Gewerbes wurde entgegengehalten, das erst
in allerletzter Zeit ein noch passiver Prinzipal die Zustände für
unser Gewerbe als sehr günstig in einem Leitfaden für
Vertrinne bezeichnet habe. Selbst ein Arbeitgeberindiskus
habe sich leghin dafür ausgesprochen, das auch im Buch-
druckgewerbe angemessene Löhne gezahlt werden könnten,
und das unsere Tarifgemeinschaft umgestaltet werden müsse,
um schnelleren Wandel zu ermöglichen. Es kam weiter
zum Ausdruck, das die Prinzipalpartei mit der Gehilfen-
schaft nur sehr zufrieden sein solle. Die Tarifgemeinschaft sei
manchmal von ihr hochgehalten worden, wo andre Be-
weiskreise mit weniger Vertragsstreue öftlich einfach vor-
gegangen wären und gute Erfolge verzeichneten, indes die
Buchdrucker das Nachsehen hätten. Viele Prinzipale
wüssten nicht mehr bzw. haben es nicht selbst erfahren,
welche schweren Nachteile aus dem Kampfe 1891/92 auch
für die Arbeitgeberchaft entfallen wären, jetzt sei man
wieder kampfslustig (Surrele von Prinzipalpartei: Zu 90 Proz.
sogar!), weil man nichts gelernt habe.

In der Nachmittagsung erfolgte nach einer
Sonderberatung der Prinzipale die Erklärung von dieser
Seite, das bei allem guten Willen es angeht der
schwierigen Lage ihnen nicht möglich wäre, über die Ge-
hilfenforderungen zu diskutieren. Ihre Berücksichtigung sei
anzuerkennen, aber das Gewerbe vermöge die Belastung
daraus nicht zu tragen. Man solle sich doch nicht den Kopf
abgeben. Unter Ausschreibung aller Sonderanträge, auch
der Angelegenheit des besetzten Gebiets, wöhrüber später
zu sprechen sei, kündete die Prinzipalpartei nun verhandeln
auf der Basis der Dezemberzulagen.

Die Gehilfenpartei hatte so etwas kommen sehen und
bewahrte eine ruhige Haltung. Als dann aber der Ver-
handlungsleiter sich in scharfer Betonung prompt er-
klärte, wenn die Prinzipalpartei die Forderung der Gehilfen-
schaft anerkenne und die Verdrückung der aufgestellten
Forderungen zugebe, dann aber nicht Rechnung fragen
wolle, dann habe es keinen Zweck, weiter zu beraten,
dann auf der Grundlage der Dezemberbewilligung ver-
handeln einfach die Gehilfenvertretung nicht, da war die
Verbilligung auf der andern Seite groß.

Eine sehr unheimliche Situation entfiel, als der Ge-
hilfenvertreter Braun anschließend bemerkte: Wenn keine
Partei mehr das Wort wünscht, dann sei man am Ende
des Rates, dann könne er die Verhandlungen nicht
weiter leiten. Nach einigen Minuten erdrückender Ruhe
begannen einige Verhandlungsteilnehmer auf Gehilfenpartei
ihre Sachen einzupacken. Da greift der Tarifsekretär
Schleibs ein, sagt, er wolle nicht wieder mit dem Reins-
spiele kommen, habe das aufgegeben. Er müsse aber die
Prinzipalpartei ernstlich befragen, ob das Angebot von ihrer
Seite auch ihr letztes Wort sei. Die Berücksichtigung der
Gehilfenforderungen sei von ihr anerkannt, nur solle das
Gewerbe sie nicht aushalten können. Es sei doch zu be-
rückichtigen, das in einigen Städten schon Bewilligungen
in dieser Höhe stattgefunden hätten. Die Prinzipale sollten
ja nicht die Stimmung in der Gehilfenpartei verkennen.
Ihr Verantwortungsgesühl müsse sich um so mehr regen.
Es wird danach von Prinzipalpartei erwidert, Schleibs
meinte es zweifellos gut, aber das einige Gehilfenpartei-
nehmer schon ihre Mappen nahmen zum Abgehen, sei
doch ein starkes Stück. Die Prinzipalpartei hätte heute
morgen beim Verhandeln der Forderung von 70 Mk. mehr
Recht dazu gehabt. Eine Sonderberatung der Gehilfen-
partei wäre jetzt das einzige Notwendige. Der Gehilfen-
parteiliedere repliziert darauf für seine Person: Die Prin-
zipale hätten gar nicht in jenem Moment einzupacken
können, weil sie erst die Gründe hören mußten. Seht
wäre es aber für die Gehilfen eine Verbilligung, auf einer
solchen Basis zu verhandeln. Auf Sureden des Tarif-
sekretärs gehen die Gehilfen sich zurück.

Nach ganz kurzer Sonderberatung erklärt Verbands-
vorstandender Seib, das die Gehilfenvertretung nach wie vor
nicht in der Lage wäre, über das Prinzipalangebot zu
diskutieren. Der Abbruch der Verhandlungen werde von
unser Seite nicht gewünscht. Den Prinzipalen wäre lieber
bekannt, welche Schiedsprüche durch Schlichtungsausschüsse
schon gefällt seien. Wenn wir uns hier nicht zu einigen
vermögen, würde die Gehilfenvertretung gezwungen sein,
an das Reichsarbeitsministerium heranzutreten und um
einen Schiedspruch zu ersuchen. Die Gehilfenpartei wüsste
auch bei Ablehnung dieses Weges von der andern Seite,
die geeigneten Schritte zum Ziele zu gehen.

Nach längerer Beratung der Prinzipalpartei unter
sich wird der andern Seite des Hauses eröffnet, die Prin-
zipale können die Gehilfen ja nicht verhindern, an das
Reichsarbeitsministerium zu gehen; sie lebten es ab, es zu
sinn, und mühten es als eine Sache für sich betrachten,
ob ein Schiedspruch von ihnen angenommen werde. Es
sei sehr zu bedauern, das die Gehilfen nach ihrer Be-
ratung nicht mit andern Forderungen gekommen wären.
Nach erst sechsständiger Verhandlung brauche doch noch
nicht die Hoffnung auf Verständigung aufgegeben zu
werden; in einer Kommission wäre das vielleicht leichter
zu erzielen.

Kollege Seib erwidert darauf kategorisch, das das
Prinzipalangebot auf keinen Fall die Unterlage für Kom-

missionsberatung bilden können und trägt dann eine ganze
Reihe neuer Schiedsprüche vor auch aus mittleren und
kleinen Orten, wonach alleenthalben die Buchdrucker mit
ihren Löhnen überflügelt sind, zum Teil bebedeut.

Dann gibt es eine Debatte über den Artikel in der
„Beilage“ zur Tarifabschlussprüfung, der von Gehilfenpartei
scharfer Kritik unterzogen wird, weil er so unklarlich wie
nur denkbar sei und die Prinzipale geradezu in die ab-
lehrende Stellungnahme gedrängt habe. Prinzipalpartei
will man das nicht gelten lassen und greift dafür den
„Apostel“ an.

Über einen Antrag, in Kommissionsberatung einzutreten,
gibt es noch eine zugespitzte Debatte mit zunächst Ableh-
nung. Da aber die Zahl der auch vorgemachten Redner
eine große ist, wird schließlich doch unter Widerstand auf
Gehilfenpartei mit Mehrheit die Einlegung einer Neben-
sitzigen Kommission beschlossen. Am nächsten Tage soll
das Bureau erst Sachmittags zusammenkommen, um die
Arbeit der Kommission abzuwarten.

Der erste Verhandlungstag war der einzige volle. Diese
Reden und Debatten sind die grundlegenden, wenn auch
an den andern Tagen noch bemerkenswerte Ausführungen
gemacht worden sind. Jedemfalls lassen sie sich nicht klüger
zusammenfassen, nachdem unsere Feder hierdurch von den
behandelten Sachverhältnissen gemaßhalten ausschließen haben.
Wir entnehmen uns nicht, und es wird wohl überhaupt
nicht möglich sein, das bereits am ersten Tage
alles auf des Meisters Schneide nach. Das Recht aber an
der falschen Methode auf Prinzipalpartei.

Die Verbindung von Protokoll und eigener Besprechung
kann deshalb in der nächsten Nummer alle andern Tage
zusammen ersatzend zu Ende geführt werden.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

E. Heiligenstadt. Zu unserer Generalversammlung
am 25. Januar hatten sich zahlreiche Mitglieder ein-
gefunden. Nachdem der Sektions- und der Jahresbericht
erstattet worden und der Bericht von der letzten Orts-
vorstanderversammlung erstattet worden war, entspann sich eine
lebhafte Debatte über den letztmaligen Anschlag der Kom-
munisten. Allgemein war man der Ansicht, das das
Ergebnis bei weitem nicht befriedigend habe. Der Punkt
„Vorlanswahl“ wurde durch einstimmige Wiederwahl
des bisherigen Vorstandes schnell erledigt. Ferner wurde
als Delegierter zum demnächstigen Gaukongress der Orts-
vereinsvorsitzende vorgeschlagen. Nach Erledigung einiger
interier Punkte war die Tagesordnung erschöpft.

Bad Nauheim. In untrer geliebtenen Orts-
versammlung erkrankte der Vorsitzende Hr. Starck mit
dem Jahresbericht, der von einer regen Tätigkeit des Orts-
vereins Zeugnis ablegte. Ein recht erfreuliches Zeichen
ist es, das die Mitgliederzahl von 29 auf 45 gestiegen ist,
ein Beweis günstiger Konjunktur. Der Kassendbericht war
gleichfalls ein erfreulicher. Bei der Vorlanswahl wurden
unter andern gewählt Kollege Burkter als erster Vor-
sitzender und Kollege Kachmuth als Kassierer. Dem
Wunsch auf Gründung einer Typographischen Gesellschaft
wurde von der Versammlung einstimmig entsprochen.

Sonderswerda (O.-L.). Wie bereits kurz gemeldet,
war es am 23. Februar bei der Firma Franke („Kreis-
blatt“) zur Arbeitsniederlegung seitens der Gehilfenpartei
gekommen. Seit Monaten verweigerte diese Firma die
volle Zahlung der Steuerungszulagen, wodurch einzelne
Kollegen bis 30 Mk. wöchentlich einbüßten. Verhand-
lungen des Bezirksvorsitzers von Wehrlich mit dem Druckerei-
besitzer führten zu keinem Ziele. Herr Franke machte ge-
senkt, das er noch immer den Streikpreis für den amt-
lichen Teil seines Blattes (Bekanntmachungen der Kreis-
behörde) erhalte. Trotz wiederholter Eingabe habe er keine
Erhöhung erzielt, dabei koste ihn schon allein der Gehelohn
für diese Bekanntmachungen den fünf bis siebenfachen
Betrag dessen, was er erhalte. Bei den nach der Ar-
beitsniederlegung gefolgten Verhandlungen, die Be-
zirksvorsitzender Wehrlich (Wehrlich) leitete, stellte es sich in-
dessen heraus, das sich Herr Franke niemals besonders für
eine Erhöhung seiner Pauschallöhne eingestellt hatte. Der
Vorstand des Kreises als Vorsitzender des Streikauschusses
sagte auch sofort eine solche zu. Herr Franke, der wohl-
weislich einwarf, das eine Verweigerung der Tariflöhne
doch nicht länger möglich sei, erklärte sich nun ebenfalls
bereit, dieselben in Zukunft zu zahlen. Ferner wurde die
Nachzahlung des vorerhaltenen Lohnes ab 15. Dezember
vereinbart, auch kommt die angeordnete Kündigung eines
Gehilfen nicht zur Durchführung. Nachdem also eine voll-
ständige Klärung geschaffen war, nahmen die Kollegen die
Arbeit wieder auf.

mz. Bezirk Ahrensberg. Inre Jahreshauptver-
sammlung, die am 1. Februar in Neudorf stattfand,
war sehr lehrreich und beachtlich; eine Folge der schlechten
Verkehrsverhältnisse im besetzten Gebiete. Streunach und
Kochem hatten breiflich auf die Einladung geantwortet.
Die Mitteilungen des Vorstandes befassten a. a. das Er-
scheinen der Vertriebszeitung, die Neugründung eines
lokaldemokratischen Zeitungunternehmens („Ahrensberg-
Warte“) und die Neubestellung des Schiedsgerichts. Der
Kassendbericht lag gedruckt vor. Dem Kassierer wurde
Entlastung erteilt. Über die Verhältnisse im Bezirke be-
richtete der Vorstand folgendes: Ein Teil des Bezirkes
ist von Amerikanern und ein Teil von Franzosen be-
setzt. Im amerikanisch besetzten Gebiete sind die gewerb-
lichen Verhältnisse außerordentlich günstig, und haben die

Dr'se Stöhlenz, Neumled und Undernach auf Fortschritte, emacht und erheblichen Milgliege-zuwachs zu verzeichnen. In Streuznach, das von den Franzosen telekt ist, waren die Verhältnisse ungünstig; es ist auch der Milgliege-land zurückgegangen. Die tarilischen Verhältnisse im Bezirke sind geordnet; im Französisch besetzten Gebiete bedurfte es langer Verhar'dunge und Vor-sicht, bis die tarilischen Zulagen gezahlt wurde. Der Milgliege-land des Bezirke erhöhte sich im verlossenen Jahre von 197 auf 204. Der alle Vorstand wurde, außer dem zweiten Vorstehenden, wiedergebählt. Der Bezirkebeitrag wurde auf seiner bisherigen Höhe (15 Pl.) belassen. Die Anträge zur Gau- und Generatze ammlung werden als Bezirkeanträge behandelt und a's Kandidat zur Generalversammlung unter Vorstehender Neu aufgestellt. Die Verammlung erklärte zu den vom Verbandsvorstande herausgegebenen Unter-suchungsabänderungen sowie zur dadurch notwendigen Beitragerhöhung keine Zustimmung. Rängere Gebotenen entfianden noch wegen der kolossalen Leuerung im amer-kanisch besetzten Gebiete u d r am 1. Februar in Kraft getretenen neuen Vorkaufschläge, die seitens der Olszvereine Udnrnach und Nrnweid als nicht übereinstimmend mit den tatsächlichen Verhältnissen erklärt werden.

Klofel (D.-Schl.). Wegen Nichtzahlung der sogenannten Vorkaufgabe trat am 16. Februar das Personal der hiesigen Firma S. Radex's Nachf. im Einverständnis mit dem Gauvorstand in den Ausstand. Gleich im An-fange hatte die Bewegung mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein mit in den Ausstand getretener Kollege (Verbandsmitglied) ist noch am selben Vormittag zur Arbeit zurückgekehrt und wurde so zum Verräter an der Draan-tation. Heinrich Nisch ist sein Name. Auch ein „Herr-gottsdrucker“ fand sich in Kürze ein, und mit diesen Reuten und einem Lehrling verlor die Firma den Vertrieb auf-rechterhalten. Die wöchentlich der Streiksituation e schenene Zeitung (zweimal wöchentlich) war ein reiner „Sundstuck“. Mit allen Mitteln wurde seitens des Firmeneinhabers ge-arbeitet, um unter gerechtem Vorbehalten zu einem un-rechtlichen zu kempeln. Kleine belanglose Sachen wurden dazu herangezogen, um das Personal in den Augen der Kolleger Bevölkerung zu erledigen. Ein Vermittlungsversuch des Bezirkevorstandes Beuthen scheiterte an dem Widerstande

der Firma. Endlich vor dem Tarilichledersgericht Oetwilt ließ sich die Firma klarmachen, daß unser Ausstand be-rechtigt war; sie war bereit, die Zulage nachzugeben. Daraufhin wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Herz-lichen Dank auch an dieser Stelle allen Kollegen von nah und fern, die uns während der Bewegung so hilfreich zur Seite standen. Die Mitgliedschaft Klofel wird es ihnen nie vergessen.

Neumünster i. S. Am 24. Januar hielt unser Orts-verein seine Generalversammlung ab. Nach Bekannt-gabe des Stellenberichts wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten, wobei der Vorstehende, Kallierer und Schrift-führer neugewählt, die übrigen wiedergewählt wurden. Dem bisherigen langjährigen Vorstehenden, Kollegen Knade, wurde der Dank der Verammlung für seine unermüdete Tätigkeit zum Ausdruck gebracht. Im verlossenen Jahre kamen sämtliche Leuerungszulagen bei den hiesigen Firmen allst zur Durchführung. Ein Kollege kehrte Anfang Ok-tober aus englischer Gefangenschaft zurück. Der Milgliege-land beträgt gegenwärtig 41.

B. Nürnberg (Maschinenlehervereinigung.) Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vorstehender Müller gab einleitend einen Rückblick über des vergangene Jahr. Er verlas sodann den Jahres-bericht der Maschinenlehervereinigung. Lebhaftige Mit-gabe führte der Vorstehende, daß die ausgelassenen Stallstif-formulare der Zentralkommision, trotz der Brangelichkeit und Nichtvorlegung, nicht zurückgehandelt werden, auch unvollkommen, hauptsächlich von auswärtigen Mitglie-dlichen und Kollegen. Auswärtige Kollegen waren an-wesend aus Banreuth und Bamberg. Sodann erstattete der Kallierer Knader den Stellenbericht. Der Mitgliege-land beträgt hier am Orte 65, auswärtig 27, zusammen 92 Mitglieder. Dem Kallierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandschalt wurde in der Zusammenlegung wie im vergangenen Jahr einstimmig wiedergewählt. Auch die Rechnliche Kommission ließ sich wie letzter zusammen und fand einstimmige Wiederverwahl. Lebhaftige Diskussion er-zugte ein Antrag der Vorstandschalt auf Beitragerhöhung pro Woche auf 50 Pl. Infolge der allgemeinen erhöhten Ausgaben und Vergütung, als Reklipseln sowie Auf-

wandensent-schädigung eines Besiegerten zum kommenden Majoritenleberkongress, sei infolge des hohen Zuwachses der Klasse eine Beitragerhöhung notwendig. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Wahl eines Besie-gerten wurde zurückgestellt. Als nächster Tagungsort zur Bezirksversammlung wurde Nürnberg wegen seiner zentralen Lage bestimmt. Unter Punkt „Verchiedenes“ wurden tarilische Angelegenheiten besprochen.

Tondern. In einer außerordentlichen Verammlung am 22. Januar beschloß sich unser Ortsverein mit der aus der bevorstehenden Abstimmung entstehenden Lage. Folgende Entschliessung an den Verbandsvorstand wurde einstimmig angenommen: „1. Durch die so pöblich erfolgte Kaffligierung des Friedensvertrags wird die Lage der Verbandskollegen im Abstimmungsgebiet infolge der kurz bevorstehenden Abstimmung und zweifelslosen Abtretung dieser ersten Zone an Dänemark schon ba'd eine völlige Umgestaltung erfahren. Der Ortsverein Tondern richtet daher an den Verbandsvorstand die Anfrage, wie weit die Verhandlungen mit dem dänischen Verbandsbesitzer gehen sind und ob eine völlige Übernahme mit allen Rechten ohne Karezuz in den dänischen Verband erfolgen wird. Gleichzeitig machen wir den Verband darauf auf-merksam, daß im Friedensvertrag eine Klausel besteht, wonach nach dem 1. Oktober 1919 hier zugezogene Per-sonen nur mit besonderer Genehmigung der örtlichen dänischen Behörden am Orte verbleiben dürfen. Wenn wider Erwarten bei einem Kollegen die Klausel derauf angewandt wird, daß sein weiteres Verbleiben unmöglich ist, so bittet der Ortsverein im Interesse dieser Kollegen, daß der Verband durch die Tarifgemeinschaft bei den ört-lichen Arbeitsämtern, wohin sich diese Kollegen wenden müssen, dahingehend einwirkt, daß denselben weitergehende Rechte in bezug auf Konditionsnachweis gewährt werden. 2. Wie stellt sich der Verbandsvorstand zu der Unabhänge eines ergeren Zusammenhanges der Ortsvereine im Ab-stimmungsgebiet bis zur völligen Übernahme in den dänischen Verband? Die nordhiesw-glichen Kollegen er-warten, daß ihre Interessen sowohl nach der einen wie nach der andern Seite auf das nachdrücklichste vertreten werden.“

(Siehe zu einer Beilage.)

Verbandskollegen Leipzigs

Mittwoch, den 10. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im großen Saale des „Pantleon“, Dresdner Straße.

Verammlung

für alle Kollegen, die auf dem Boden der Riste Seffelbarth

Reben. Unbedingtes Erscheinen aller ist Pflicht. [949]

Der Aktionsauschuh: J. A. Paul, Lehmann.

Typographische Vereinigung Berlin

Samstag, den 14. März, von 10 bis 3 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstr. 2.

Ausstellung der 180 Entwürfe aus dem Wettbewerb der „Z. M.“-Kalender

11 Uhr: Vortrag des Kollegen Fritz Niemke, Leipzig. [944]

Frauentherbetaffe Stettiner Buchdrucker

In der am 29. Februar 1920 stattgefundenen außerordentlichen Verammlung wurde beschlossen, das Sterbegeld von 120 Mk. auf 360 Mk. zu erhöhen. Des ferneren wurde beschlossen, zur Bedeckung des erhöhten Sterbegeldes den Beitrag um 20 Pl. zu erhöhen. Alle steuerfreien Mitglieder haben den um 20 Pl. erhöhten Beitrag für die Zeit von 4 1/2 Jahren, entweder im ganzen oder in zwei Raten, und zwar die erste bis zum 15. April, die zweite bis zum 15. Juni 1920, nachzugeben. Die Summe beträgt 46,80 Mk. oder 23,40 Mk. pro Rate. Die Auszahlung des erhöhten Sterbegeldes ist mit d. m. 1. Juli 1920 in Kraft. Die Mitglieder, welche den erhöhten Beitrag nicht nachgeben, sind nun zum Mitgliedschaftsbeitrag von 120 Mk. unter auswärtigen Mitgliedern oder werden in hienmit ersucht, den nachzugebenden Betrag pro 10. und selbst gebort möglichst bald an den Kollegen Otto West Stettin, Kochstr. 15 III, einzufenden. [939]

Eine der größten Erfindungen im Buchdruckgewerbe ist der

Linokoll

Es ist das erste und alleinige Mittel, um verbrauchte Druckwalzen wieder auf-zufriechen und ohne Gefahr leicht in einer Nacht wieder zugränglich und druck-fähig zu machen. Bei Farbwechsel verbindet es das Nachwischen der alten Farbe, bei hellem Gebrauche das Reizen und Abbrechen der Walzen und beim Umzug schließt er fließende Masse; er wird zur Wohlthat für den Drucker, erspart Geld, Zeit und Mühe. Viele Prospekte zu verlangen.

Preis pro Kilo 30 Mk. ab Fabrik.

Probeforderungen für 2-3 Maschinen reichend porto- und spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr., Bedarfsartikel Karl Eich, Leipzig-Sellerhausen.

Raucher
die mit dieser letzten Leidenschaft behaftet sind, werden durch un-er bewährtes „Albin“ bereit. Packung zur dreiwöchigen Kur 4 Mk., Nachnahme 45 Pl. (Anschluß). Wirkung garantiert. 1500 Dankschreiben. [948]

Deutsch & Co., Neuhöfen, Postfach 172.

Leichtiger
Maschinenmeister
für Altbild- und Illustrationsdruck gesucht. [943]

Germania N. O., Berlin C 2, Skal. uer Straße 25.

Junger, strebsamer
Schriftsetzer
an feste, selbständige Arbeitsweise ge-wöhnt, sucht sofort oder später dauernde Beschäftigung, am liebsten dort, wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich an der Ge-meinschaft auszuüben. Werte Angebote wolle man unter Nr. 938 an die Ge-schäftsstelle dieses Blattes richten.

Für unsere neuangestellte Schriftsetzerin suchen wir für sofort möglichen, älteren Schriftsetzer mit längerer Praxis. Meldungen an C. G. Vogel, Postfach 1. Thür., Berlin 52, recu.

Lüchtiger, in allen Schariten bewan-derter, verheiratet. [905]

Geser

(langjähriger Faktor)
Sucht Vertrauensstellung in kleiner Buchdrucker- oder Buchbinderei. In Zeugnisse. Off. Offerten erbeten an Hermann, Eisenbahn, Gradenstraße 43 I.

Junger, strebsamer
Schriftsetzer
24 Jahre alt, in e. Schariten bewan-derter, sucht alsbald Stelle in Schariten- oder Buchbinderei. Angebote erbeten an 1945

Greif, Einleger Str. 31 I.

Junger, strebsamer
Schriftsetzer
19 Jahre alt, firm in allen Schariten, sucht zum 1. Mai Stellung. Off. Offerten unter Nr. 937 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Altbild, zuverlässiger
Altbild- oder
Zeitungssetzer
welcher Offern seine Tätigkeit beendet, sucht Stellung. Werte Offerten unter Nr. 933 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Lüchtiger, junger Mensch
Maschinenmeister
firm in Altbild-, Werk- und Platten-druck, mit Stereotypkenntnissen, sucht sofort Stellung, am liebsten dort, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich in Rotation auszubilden, jedoch nicht Beibehaltung. Werte Angebote unter Nr. 940 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger
Maschinenmeister
welcher am 1. März ausgeleert hat, sucht sofort Stellung in Offen, Wilhelm (Ruh) oder Umgegend. Se. biger kann auch rekonstruieren. Offerten bitte zu richten unter E. D. 922 an die Ge-schäftsstelle dieses Blattes.

Maschinenmeisterverein
Hamburg-Altonaer Buchdrucker
Sonntag, den 12. März, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal, St. Ger-organ-Vereinshaus, Große Allee 45:

Mitglieder-
versammlung
Tagesordnung: 1. Vereinnmittlungen, 2. „Matten, Plattenkorrektur und Kopierur.“ (Vortrag des Kollegen St. Tisch, Stereotypen), 3. Bezeichnung von Bezirksangelegenheiten (Beiträge, Delegation), 4. Technisches (Fragekasten), 5. Verchiedenes. [934]

Pünktliches und vollständiges Ge-schichten erwartet. Dr. Berlinand.

Uhlen, Pinzetten, Zureicheren usw. Fachliteratur, die ebenfalls Katalog auf P. Wolfshmidt, Allee d. S., Rosenstr. 3.

Nur durch genaueste Kenntnis des inneren Menschen erhalten Sie Ihre Kräfte wieder. Bellen Sie daher die in h. gerichtete anatom. Modelle des Mann u. Weib. J. Bruns, J. 4, 50 Pl. Nach. Buchverlag „Alpach“, Friedrichs-Str. 6, Weiel.

Blamabel
für jeden ist es Fremdbot für falsch zu gebrauchen oder falsch auszusprechen. Bellen Sie daher noch heute „W. bers neues vollständ. „Fremdbotbuch“ mit genauer Bezeichnung u. Aussprachebezeichnung. 1,85 Mk. Nach. u. Buchverlag „Alpach“, Friedrichs-Str. 6, Weiel.

Appar. in best. Zustande, sowie ein gutes Objektiv zu kaufen gesucht. Ausführ. Offerten über Form. Objekt. Be-schreibung und Zubehör erbittet Weichert, Etern 6, Guldau (Erdgen).

Maschinenband
Friedensqualität, lieern [340]

Beizer & Müll.
Eiffelstr. 1, Groß-Adolf-Str. 112.

Neuzeitliche Ausnützung der
Buchdruckpresse
Ein Vorschlag zur Umformung der bis-herigen Zureich- und Produktionsweise im Buchdrucker-gewerbe. Von M. Rauch. Preis gebunden 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk. Freilich erschienen und grundlegend für obiges Buch:

„Wie soll ich zureichen?“
Ein Leitfaden z. Aufbau der Zureichung in allen Eruckarten auf Schnellpressen u. Ziegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunst-druck, geb. 2,50 Mk.; ferner

„Der Buchdrucker am U-B-3“
Ein Leitfaden z. Einleitung des Unter- und Bogenführers auf alle Papierarten; 93 S., Druck 55 Abb., geb. 1,75 Mk. u. je 25 Porto (Nachn. 40 Pl. mehr) od. Nachn. v. Berl. M. Rauch, Eiltzinger, Hohen-sollernstr. 9. Postfach 10 512.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Lusthülle durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

Stettener
Kriegsgefangenenzeitungen
Fliegerabwürfe usw. [884]

zu kaufen gesucht. Ingenieur Mänkenhiller, Zenn.

Graphische Werkzeuge
sowie fäml. Spezialwerkz. f. Maschinen-meister empfiehlt in bester Qual. Kollege M. Vogel, Leipzig-Sch. l., Postfach 11, Straße 5 II. Preisl. gral. u. fr.

Ausdichten und Zureichen
der Druckformen lehren geeignete Fach-bücher aus dem Graph. Verlag St. Eieg, Altbild, Columbusstraße. — Katalog 25 Pl.

Am 4. März verstarb nach kurzem Krankenlager der Ehe-ruwalde [951]

Anton Bommersheim
aus Mainz, im Alter von 58 Jahren. Ein ehrendes Andenken be-wahrt ihm Bezirksverein Mainz.

Nach kurzer, aber schwerer Er-krankung verstarb am 2. März un-er lieber Kollege, der Ma-schinentenker [941]

Mar Bepke
aus Karlsruhe, im Alter von 38 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren Der D. S. Verein Karlsruhe.

Am Dienstag verstarb als Opfer der Unruhen unser lieber Kollege, der Geschäftsführer der „Tagespost für Niederbayern“ [946]

Herr Hans Regi
aus Nürnberg. [936]

Ein ehrendes Andenken be-wahrt ihm Ortsverein „Typographia“ Straubing (B. d. D. B.)

Am 5. März verstarb unser lieber Kollege, der Geher [947]

Albert Zunker
aus Zwenkau, im 51. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken be-wahren ihm Die Kollegen der Organi-sations-Ges. m. B. S., Leipzig.

Zur Erwiderung

Mein Vorschlag in Nr. 17 des „Korr.“, der aus Zweckmäßigkeitsgründen den zum Vorstände gehörenden Organisationsangestellten nur beratende Stimme zugesetzt, um den im Berufe tätigen Mitgliedern erweitertes Mitbestimmungsrecht in den Verwaltungssphären einzuräumen durch die in den Vorstand delegierten Beisitzer, hat es der Redaktion angefallen.

Nur jahrelange Beobachtungen und tatsächliche Mängelstände auf dem in Betracht kommenden Gebiete gaben mir Veranlassung zur Stellung dieses Antrags, nicht parteipolitische Gründe, sondern nur die Erkenntnis der Notwendigkeit erweiterten Mitbestimmungsrechtes an die in der Produktion Tätigen, auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsvertrags, war die Veranlassung zu meinem Vorschlage.

Schon vorher bin ich mir klar darüber gewesen, daß der Durchführung meines Vorschlags auch Schattenseiten anhaften, die aber nach meiner persönlichen Auffassung von den Vorteilen bedeutend überwogen werden. Die Möglichkeit der Durchführung besteht, denn die Steindruckerei sowohl als auch das Leipziger Gewerkschaftshaus haben ähnliche faktuarische Bestimmungen.

Die Tatsache wird die Redaktion nicht aus der Welt schaffen, daß nicht alle Organisationsangestellten Idealisten sind, sondern Realisten, und daß auch ein Teil darunter ist, der für sich die soziale Frage als gelöst betrachtet. Der vergangene Krieg hat gezeigt, was für Heiden zum Teil auch unter den Angestellten der Arbeiterorganisationen vorhanden waren, wie sie sich in Wort und Schrift der Machtpolitik bestimmter Kreise gefügt haben — um nicht mitzukommen zu müssen. Die niedrigen Löhne, die in den nicht kriegswichtigen Industriezweigen während der Kriegsjahre gezahlt wurden, sind auch ein Zeichen dafür, daß während des Krieges sich mancher Führer — führen ließ.

Keinesfalls kann die Rede davon sein, daß den Organisationsangestellten die freie Meinungsäußerung abgesprochen werden soll, auch will ihnen niemand die Führung aus der Hand nehmen. Im Gegenteil, ohne jede Rücksichtnahme sollen die Angestellten in den verwaltenden Körperlichkeiten ihre volle Kraft einbringen durch Entfaltung ihrer Beredsamkeit und geknüpft auf die im Dienste der Organisation gesammelten Erfahrungen.

Sie sollen führen, aber nicht etwa durch den Ausschlag ihrer Stimme, — nein, durch ihre Argumente — sollen sie die Beisitzer überzeugen von der Richtigkeit ihrer in Vorschlag gebrachten Wege. Sind das Führer, die zur Unterstützung für ihre vorgezeichneten Wege noch unbedingt ihre Stimme in die Waagschale werfen müssen? Dann ist allerdings die Argumentation eine sehr fragwürdige, wenn die einzelne Stimme des Angestellten erst den Ausschlag geben muß. Der verkorbene Kollege Böblin hätte jedenfalls sein Stimmrecht nicht gebraucht. Nach der Ansicht der Redaktion macht erst das Stimmrecht den Führer, nach meiner Ansicht allerdings ein sehr schwacher Führer, denn der Führer muß so viel überzeugende Durchschlagskraft besitzen, daß er die weniger erfahrenen Beisitzer belehren und überzeugen kann von der Richtigkeit seiner Ideen.

Sch betone nochmals, daß mein Vorschlag nur von idealen Absichten getragen ist, die im Interesse eines erweiterten Mitbestimmungsrechtes der im Berufe tätigen Mitglieder liegen.

Leipzig. Gfürs.

Anmerkung der Redaktion: Wer den Artikel „Reorganisations“ in Nr. 17 gelesen hat, dann in Nr. 22 (Beilage) unsere kritische Wertung solcher Reformideen, und nun des Kollegen Gfürs Erwiderung darauf, der wird diese scharflich in Einklang bringen können mit beiden vorangegangenen Artikeln. Nicht die Sicherung des formalen Stimmrechtes für den Vorsitzenden ist es gewesen, was uns den Gfürs'igen ersten Artikel unter die Lupe nehmen ließ, sondern die von ihm dem Vorsitzenden und den Angestellten zugewiesene Rolle von Dienstempfängern aus den Händen der Beisitzer, welche ihren Höhepunkt findet in den Gfürs'igen Sätzen: „Der Vorsitzende ist nur ausführende Person gefasster Beschlüsse“ und „Die angestellten Organisationsbeamten sind die ausführenden Personen von den Beisitzern vorgezeichneten Richtlinien“. Offenbar rückt Kollege Gfürs von seinen eignen Verlesungen in der Erwiderung selbst ab. Somit möchten wir nur sagen, daß bei der Revolution ein gewisses Selbstbestimmungsrecht in der Arbeiterbewegung hergestellt hat, gegen das vornehmliche Sünden gar nicht aufzukommen vermögen.

□ □ Zur Generalversammlung □ □

Individuen sind zu kaufen,
Klassen niemals!

Ausfall

I.

Der „Korr.“, Nr. 15, hat zur bevorstehenden Generalversammlung in Leipzig bereits seine Duverfähe gespielt. Sie ist kein besonders schönes Produkt, hat viel Mängel, die in scharfen Tönen, fast kreischend, die Zeichen der Zeit im Organisationsleben wiedergeben. Sie will lüchelt der Dirigent mit dem Sakstoch in der Luft herum, wodurch das „Kunstwerk“ noch mehr an Reiz verlor. Despolitischer Wille, nicht Lebenskunst, ist der Unterfion des Ganzen. Ich kann nur sagen, Klänge der Zeit kamen nicht zu Gehör, es sind Klänge der 98er Jahre, die Böblin

im Jahre 1911 den Berliner Mitgliedern gegenüber wieder aufspielte. So ist die Stärke dieser neuartig klingenden Töne allem Melodienhaft entnommen. Und danach sollen wir tanzen? Kriegsmusik? Entspräche ja der jüngsten Vergangenheit! Den „Gegner“ zerhimmeln, ihn aus Haupt schlagen mit Zimbeln, Pauken und Trompeten. Im Weltorchester vermische ich freilich auch noch die lieblichen Klänge der Friedensschalmel. Doch, haben wir nicht genug gekämpft? Sollte nicht vielmehr „das Ganze jammeln“ für die Arbeiter der graphischen Industrie geladen werden? Der Ton macht die Musik! Laßt mich drum einen Ton finden, der der Seele Gleichklang gibt.

II.

Die Entwicklung ist ständig im Fluß. Für sie gibt es keinen Stillstand. Aber sie übert sich nicht immer gleichartig, in gährenden Zeiten scheint sie einen sprunghaften Charakter anzunehmen. Scheint! In Wirklichkeit ist die Entwicklung bereits so weit gediehen, daß uns der Schritt nur so gewaltig erscheint, während der Werdeprozeß ein langwieriger ist. Betrachten wir z. B. die ersten Anfänge der Arbeiterorganisationen, besonders die der unsrer. Im 17. und 18. Jahrhundert finden wir die ersten Regungen der Organisation in der innerhalb der Junni bestehenden Gesellenbruderschaft. Die Vertretung der Interessen der Gesellen und eine gewisse Gerichtsbarkeit stand ihr zu, auch der Arbeitsnachweis war ihr überwiesen. Mit der Ausbreitung des Gewerbes veränderten sich die Interessengelenge. Die Obrigkeit schritt zugunsten der „Unternehmer“ ein und entrechtete die Gesellen. Seitdem führen die Unternehmer die Allein herrschaft im Buchdruckgewerbe, die sich noch heute im „Herrn-im-Hause“-Standpunkt äußert. Verhängnisvoll, Schmutzkonzurrenz, Verlängerung der Arbeitszeit, Lohndrückerei und große Arbeitslosigkeit führten zur Verelendung der Gesellen. In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts erstrebten die Gesellen nur eine gemeinsame Organisation von Prinzipalen und Gesellen. Ihre Durchführbarkeit scheltete und mußte scheitern an den gegenwärtigen Interessen. 1848, als die freibewillige Begeisterung voraussetzt war und der vierte Stand seine materielle Lage verbessern wollte, setzte man über das Zugrunderichten der Industrie. Die Löhne sollten aus iretem Privatkontrakt hervorgehen, wenn die Freiheit nicht eine Lüge sein sollte. Auch die Buchdruckunternehmer fühlten sich berufen, vor den „Aufstrebenden“ den Gesellen die Augen zu öffnen. Als es dennoch zu Arbeitseinstellungen gekommen war, erblickten die Spielbürger darin eine unvorteilhafte Auslegung gegen den „Brotherrn“. Schon damals lag der Bazillus des Kommunismus in der Luft und verurteilte die Aufregung und Bauchgrimm. Keine Geringeren als Karl Marx und Friedrich Engels vertrauten ihn so wichtig wie im Kommunischen Manifest. Die bald mit aller Schärfe einsetzende Reaktion verleitete die weiteren Bestrebungen der Arbeiter. Die Gebilde zerschanden, erhielt sich dennoch der Geist lebendig. In den 60er Jahren regten sich die Arbeiter wieder. Schulze-Belisch gewann durch seine Lehre der Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern zunächst großen Einfluß. Da trat ihm Raffale als ein unerlöschender Gegner entgegen, charakterisierte die Verkümpfung des Bürgerlums und sah den Verkaufungsprozeß der europäischen Bourgeoisie überall in vollem Gange. In einer größeren Schritt: „Basist-Schule“ oder der ökonomische Tullan“, zersaß Raffale die Oberflächlichkeiten Schulze'ser Ideen. Die Arbeiter selbst vermochten ihren Wecker und Rufen im Streit nicht sofort zu erkennen, so daß Raffale einen feinsten Boden zu bearbeiten hatte. Auch die Buchdrucker verhielten sich ihm gegenüber ablehnend. Und doch wie erhabend ließ sich heute noch: „Schon hört ich in der Ferne den dumpfen Massendruck der Arbeiterbataillone! Reitet — reitet — reitet euch aus den Banden eines Produktionszustandes, der euch zur Ware entmenscht hat, Reitet — reitet — reitet den deutschen Geist vom geistigen Untergange, reitet zugleich die Nation der Zerküftung.“ (Man beachte hierbei, daß damals noch kein Deutsches Reich existierte.)

Was den Arbeitern und den Buchdruckern besonders fehlte, war die Begeisterung für eine grobe Sache. Am 20. Mai 1866 wurde in Leipzig der Verband gegründet, und zwar auf föderalistischer Grundlage. Infolge der siegreichen Kriege von 1866, 1870/71 nahmen die wirtschaftlichen Verhältnisse einen ungeheuren Aufschwung. Und schon damals der Dank des Vaterlandes den Arbeitern gegenüber verlagte, so entfiel infolge einseitiger Bereicherung der Reichen eine starke politische und wirtschaftliche Bewegung, deren Bismarck durch das Sozialistengesetz Herr werden wollte. Die Arbeiterorganisationen wurden schonungslos verfolgt. Der Charakter der Kampforientation veränderte sich unter dem Namen der Unterstützungvereine. Die gegenwärtige Hilfe in Krankheitsfällen usw. diente als Mittel zum Zweck. Doch in diesem Kampfe mit den Behörden waren die Arbeiter die Masche ab und nannten nun ihre Verbindung beim richtigen Namen „Kampforientation“. Nur der Buchdruckerverband verhielt sich der Tradition, Ruhe dem Kampf, Verständigung mit dem Kapital dem Konflikt, politische Neutralität der offenen Bekennung zu sozialistischen Grundfäden vorzu-

leben. Auch heute nimmt er mehr eine abwartende als bahnbrechende Haltung in der Regelung der politischen und wirtschaftlichen Gegenwartsfragen ein.

III.

Die Buchdrucker haben immer mit Stolz ihre Tarifvertragspolitik hervor. Wenn sie wirklich so gut wäre, wie sie in Telegrammen und Petitionen selbst den Behörden in empfehlende Erinnerung gebracht wird, dann müßten die Verhältnisse besonders für die Gesellen wesentlich bessere sein. Man darf sich, wie ich immer hervorzuheben habe, von Außerlichlichkeiten nicht befechten lassen. Die bestehende Tarifgemeinschaft konnte erst dadurch zustande kommen, als der 1891/92 geführte Kampf verlorengegangen war und eine Entmutigung der Gesellen für durchgreifende Verbesserung ihrer Lage mit sich gebracht hatte, was in dem Satz „Freigutts, wie die 1891/92 überwindet eine Organisation nur einmal“, deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Zu ihrer Verursachung erhielten die Gesellen eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung und 2 1/2 Proz. Erhöhung der Grundpension und des Minimums. Dafür wurde der Tarif zum gewöhnlichen Mittelpunkt der deutschen Buchdrucker gemacht.

Nun heißt es immer, nicht der Buchstabe, der Geist sei das Entscheidende bei den Abmachungen. Wer aber streng die Entwicklung des Tarifwesens der Buchdrucker verfolgt hat, der kann sich ernstlich für diese Idee nicht mehr erwärmen. 1906 kam der Charakter unverfälscht zum Vorschein. Wir saßen geradezu unter dem Verhuch, unvereinbare Gegenstände unter gewissen Bedingungen auszuweichen. Mehr denn je ist den Gesellen das Rückgrat gekrümmt, die Freude an der Arbeit (siehe die minutiöse Kontrollverordnung) genommen worden. Bemerkenswert war der Beschluß über die Wahl der Vertrauensleute aus dem ältesten Drittel! Erstlich im Gedächtnis ist noch die tariflich ausgesprochene Entlassung von Berliner Vertrauensleuten im Jahre 1911, die zwar vom gesamten Verbandsvorstand und den Gauvorständen als zu Recht ausgesprochen anerkannt, doch von der Berliner Mitgliederschaft bestritten wurde, so daß der Verbandsvorstand sogar mit dem Ausschusse drohte! Aber immer wieder verstand man es, die Tarifgemeinschaft mit samt ihren Schladen als größte Errungenschaft, als nachschäbendes Beispiel auch für die übrige Arbeiterchaft darzustellen. (Blenwerk)

Ein Beweis genügt: Während des Krieges zahlten gerade die Buchdruckunternehmer trotz ansehlicher Profite, die sie zu verzeichnen hatten, den beschäftigten Gesellen die erbärmlichsten Löhne, verlor die Tarifapparatur, regulierend zu wirken, verlor die Gesellenorganisation in fast verfallendem „vaterländischen Interesse“, durch wirtschaftliche Forderungen die Not zu lindern, so daß wir heute noch ziemlich rückständig mit den Löhnen sind. Mühen wir nicht hieraus eine Lehre ziehen? Der Wert der Tarifgemeinschaft geht auf in einer Seitenbale, schillert prächtig, zerplatzt aber, bei einer gewissen Entwicklungsstufe angelangt, in Nichts!

IV.

Man hört des öfteren reden, ein schlechter Mensch ist, der sein eignes Nest beschmutzt. Demgegenüber sage ich, die Kritik ist das Recht eines jeden Menschen, sie ist die Triebfeder der Weiterentwicklung. Wie ich mir diese Weiterentwicklung denke, will ich hier auszeichnen: Erfolge hängen nicht allein von dem guten Willen oder der Tüchtigkeit der unterhandelnden Personen ab, sondern sind der Ausdruck der Stärke, der Macht der Organisation an sich und des sie beherrschenden Geistes. Deshalb ist es notwendig, ihr den Charakter zu geben, der wegweisend und erfolgverprechend zugleich ist. Geht von der Idee, nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erträglicher zu gestalten, sondern die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsform in die Gemeinwirtschaft überzuleiten, das gibt ihr den Kampfcharakter, da die bestehende Klasse niemals freiwillig ihre herrschende Stellung räumt. Die Träger dieses Gedankens müssen die Mitglieder sein. Von unten auf nur kann das Zielwerk der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsform bewirkt werden, da, wo der Wirklichkeitsprozeß automatisch vor sich geht. Es gilt, die Kräfte für die sozialistische Idee zu gewinnen, sie zu entfesseln, mit immer neuem Leben zu erfüllen. So allein macht sich die dafür aufgewandte Zeit und Mühe bezahlt, dann erst können wir von einer legendären Tätigkeit der Organisation reden. Was heute geleistet wird ist Silyphusarbeit!

Nun hört ich die Einwendung, was an Stelle der Tarifgemeinschaft treten soll, um in der Übergangszeit die Interessen der Gesellen wahrzunehmen? Ist das so schwer? Wir unterbreiten den Unternehmern unsern Vohntarif und überweisen selbst seine strenge Durchführung. Er basiert nicht auf einer vorübergehenden Verläubigung, sondern stützt sich auf die Kraft des Willens der Gesellen, ihre zeitgemäßen Forderungen durchzubrüchen. Erfährt dadurch das Gewerbe Erschütterungen, so fragen die Unternehmer allein die Verantwortung, weil sie den zeitgemäßen Forderungen der Gesellen Widerstand entgegensetzen. Meines Erachtens trägt ein solch eingeschlagener Weg dazu bei, die Lohnnechtschaft kühbarer denn je werden

